Kurz erzählt/Impressum

Förderhinweis

Dieser Newsletter wurde gefördert von der Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

NEU START KULTUR

Campuskino

Im August veranstaltete die BStU auf dem Campus-Gelände zweimal pro Woche ein Freiluftkino, das sog. „Campuskino“.
An jedem Dienstag und Donnerstag wurden immer abwechselnd Dokumentationen und Spielfilme gezeigt, die sich Rund um das Thema Stasi/DDR drehen. Die Vorführungen waren stets bestens besucht. Am Dienstag, den 25. August 2020, wurde die Dokumentation „Feindberührung“ vorgeführt, die von der Geschichte von Peter Wulkau und seinem engen Freund Hartmut Rosinger, welcher ihn über viele Jahre bespitzelte, erzählt. Dabei war die UOKG als Kooperationspartner auf dem Gelände zum Vorgespräch eingeladen. (BB)

Vollbesetzte Plätze beim Campuskino. Foto: UOKG

Dagmar Hovestädt, die Pressesprecherin der BStU, mit Dieter Dombrowski. Foto: UOKG

Mahnen und Erinnern – eine Forderung der UOKG wird Wirklichkeit

Am 13. Dezember 1989 berichtete die Berliner Zeitung „Kreisämter für Sicherheit aufgelöst“. Der Beschluss des Bundestages über ein nationales Gedenken an die Opfer des MfS, an die Mauertoten, die politischen Gefangenen, die Spezialheimkinder und weitere Opfer brauchte dann 30 Jahre – bis zum 13. Dezember 2019. Ein von Staatsministerin Monika Grütters berufener Beirat hat nun unter Leitung von Ministerpräsidentin a.D. Christine Lieberknecht eine Konzeption für die Umsetzung entwickelt. Die UOKG ist mit Dieter Dombrowski an zentraler Stelle in die Arbeit eingebunden. Er sagte: „Die Voraussetzungen sind nun geschaffen. Wir wollen ein Mahnmal in der politischen Mitte Berlins, das die Erinnerung an die Würde der Opfer in den Mittelpunkt stellt.“ (Christian Sachse)

Personalentscheidungen

Die stellvertretende Vorsitzende der UOKG, Carla Ottmann, wurde am 30. September für die Stadt Stollberg in den Stiftungsbeirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten gewählt.
Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski wurde am 22. September 2020 einstimmig zum Vorsitzenden des Beirats der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wiedergewählt. Dombrowski ist mit der Wahl zum Beiratsvorsitzenden automatisch Mitglied des Stiftungsrates. Die Mitarbeit in den jeweiligen Räten ist ehrenamtlich. (BB)

Impressum

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leser.
Redaktion dieser Ausgabe: Benjamin Baumgart — Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. November 2020
Copyright 2020 bei der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.
Newsletter 2/2 2020

Wie geht es weiter?

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG. Foto: UOKG

Liebe Mitglieder, liebe Leser und Leserinnen,
ausgerechnet im 30. Jahr der Deutschen Einheit mussten zahlreiche Veranstaltungen aus bekannten Gründen abgesagt oder verschoben werden. So konnte auch die UOKG leider weder im März 2020 noch jetzt im November 2020 das geplante Verbändetreffen durchführen. Wir hoffen und sind auch überzeugt, dass wir uns im nächsten Jahr wieder sehen werden.
Auch wenn persönliche Kontakte nicht oder nur stark eingeschränkt möglich sind, muss die Arbeit weitergehen. Besonders die Politik ist in diesen Tagen gefordert. Trotz des allbeherrschenden Themas Corona wird der Bundestag nicht nur mit den Stimmen der Koalition von CDU/CSU und SPD, sondern auch von FDP und den Grünen noch in diesem Jahr wegweisende Entscheidungen über unsere Anliegen treffen. Wie vielen bekannt, endet die Amtszeit von Roland Jahn im Mai 2021 und die BStU wird in das Bundesarchiv überführt. Die Akten aber werden auch in Zukunft für die Bürger zugänglich sein. Auch das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) wird bestehen bleiben. Neben den notwendigen Änderungen benennt das StUG nunmehr alle Archivstandorte und Außenstellen direkt im Gesetz. Mit Cottbus kommt sogar eine neue Außenstelle hinzu. Zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben der BSTU wird für alle Standorte ein Bildungskonzept entwickelt. Auch daraus wird deutlich, es wird keine, wie von manchen befürchtet, heimliche Stilllegung geben. Die Opferverbände sind bei allen Prozessen eng eingebunden und werden auch in Zukunft im Beratungsgremium den Transformationsprozess kritisch begleiten. Besonders freut es mich, dass der Bundestag im Zusammenhang mit der Überführung der Stasiakten in das Bundesarchiv ein SED-Opferbeauftragtengesetz (OpfBG), welches zum 17. Juni 2021 in Kraft tritt, beschließen wird. Die zentrale Aufgabe des oder der Opferbeauftragten wird u.a. darin bestehen, für die Anliegen der Opfer der SED-Diktatur und der kommunistischen Herrschaft in der SBZ und in der DDR in Politik und Öffentlichkeit zu wirken und zur Würdigung der Opfer des Kommunismus in Deutschland beizutragen. Damit erfüllt sich eine der größten Forderungen der Opferverbände. Ich bin davon überzeugt, dass die oder der Opferbeauftragte den Betroffenen von SED/SBZ-Unrecht als politisches Sprachrohr dienen wird.
Herzlichst, Ihr Dieter Dombrowski

Härtefallfonds Berlin: Anlaufstelle nimmt Arbeit auf

Seit Beginn November können sich betroffene Berliner/innen an den Härtefallfonds (100.000 Euro für 2020/21) wenden, wenn eine Rehabilitierung der politischen Verfolgung vorliegt und wenn keine anderen Hilfesysteme greifen.

Ansprechpartnerin beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten ist Frau Laue: yvonne.laue@aufarbeitung-berlin.de , 030 - 240 792 43. (BB)

Appell

Dieter Dombrowski mit Demonstranten vor der Belarussischen Botschaft. Foto: UOKG

„Wir, die ehemaligen politischen Häftlinge der DDR, appellieren an die Regierung der Republik Belarus alle politischen Gefangenen in Belarus unverzüglich freizulassen und die vom Volk verlangte Aufnahme eines Dialogs zu ermöglichen. Wir, die Deutschen, wissen was es bedeutet, wenn ein Volk geteilt ist. Bitte lassen Sie es nicht zu, dass das Volk der Republik Belarus in Auseinandersetzungen über die Zukunft Ihres Landes geteilt wird. Bitte helfen Sie mit, dass das Volk der Republik Belarus in freier Selbstbestimmung über seine Zukunft entscheiden kann.“

Reinlassen wollten sie uns nicht! Foto: UOKG

Im Namen von politischen Häftlingen und Menschenrechtsaktivisten wurde dieser Appell am 1. Oktober 2020 der Botschaft von Belarus übergeben. (BB)

Politische Gespräche

Durch den Ausbruch der Coronakrise im März war zunächst nicht an persönliche Gespräche zu denken.

Dieter Dombrowski mit der SPD-Bundestagabgeordneten Katrin Budde. Foto: UOKG

Doch schon ab Mitte Mai konnten wieder die ersten persönlichen Treffen abgehalten werden. Im Vordergrund standen dabei die kommende Überführung der BStU in das Bundesarchiv, die Schaffung eines Gesetzes über die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag und die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur.

Die stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gitta Connemann, MdB (rechts) und Elisabeth Motschmann, MdB (links). Foto: UOKG

Zusammen mit dem UOKG-Mitglied Doping-Opfer-Hilfe wurde aber auch für die Weiterführung der Entschädigungen für Dopingopfer geworben. (BB)

Monika Lazar, MdB, (zweite von links) mit Tina Juergens und Arianne Speckhahn von der DOH. Foto: UOKG

Berichte

Tribunal „Zwangsarbeit in politscher DDR-Haft“

Vom 11. bis zu 13. September 2020 fand dieses außergewöhnliche Format im ehemaligen Zuchthaus Cottbus statt, welches die UOKG mit seinen Kooperationspartnern, dem Menschenrechtszentrum Cottbus, der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und der Victims of Communism austrug.

Mit dem Tribunal wurden verschiedene Ziele verfolgt. Das Thema Zwangsarbeit und die damit verbundene, zum großen Teil menschenverachtende Ausbeutung der politisch Inhaftierten sollte wieder in die Öffentlichkeit gebracht werden. Die international aufgestellte Jury sollte sich Zeugenberichte aus verschiedenen Industriebereichen anhören um festzustellen, ob die Merkmale von verbotener Zwangsarbeit und Ausbeutung nach den international anerkannten Definitionen erfüllt sind. Und letztlich soll mit dem Ergebnis der Jury die Aufforderung nach Konsequenzen in die Politik und die Wirtschaft getragen werden.

Die Jury bei der Befragung einer der Zeugen. Foto: UOKG

Der Freitag war zunächst geprägt von Grußworten der verschiedenen Ausrichter und der beiden anwesenden Landesbeauftragen zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur aus Brandenburg bzw. zur Aufarbeitung der SED-Diktatur aus Sachsen-Anhalt. In der Folge wurden drei Expertenvorträge gehört, die in das Thema einstimmen sollten, aber auch schon viele Details lieferten.

Gruppenfoto der Jury, der Zeitzeugen und der Veranstalter. Foto: UOKG

Den gesamten Samstag über befragte die hochkarätig besetzte, internationale Jury, darunter Experten aus Südkorea, USA, China, Tschechien und Deutschland, aber auch mit zwei Abgeordneten des Deutschen Bundestages der Fraktionen CDU/CSU und FDP, Zeitzeugen/-innen, die in den verschiedensten Industriebereichen Zwangsarbeit leisten mussten. Während am Sonntag die Gäste eine Führung durch die Gedenkstätte unternahmen, feilte die Expertenjury akribisch an einem Votum. Die Veranstaltung wurde dann mit der Vorstellung der „Cottbuser Erklärung zur DDR-Zwangsarbeit“, worin die Expertenjury die Merkmale der Zwangsarbeit feststellt, beendet. Es liegt nun daran Politik und Wirtschaft mit den Ergebnissen des Tribunals zu konfrontieren und zum Handeln zu bewegen. (BB)

Berichte

Gedenken in Hoheneck

Vom 23. – 25. Oktober 2020 hatte die UOKG zusammen mit ihren Kooperationspartnern einen Bundeskongress politisch verfolgter Frauen unter dem Titel „Nach 30 Jahren das Schweigen brechen“ geplant. Der ursprünglich schon für Mai angesagte Kongress musste nun leider Corona-bedingt für dieses Jahr abgesagt werden.

Auch die Stiftung Aufarbeitung hatte einen Kranz niedergelegt. Foto: UOKG

Die für den Freitag geplante Kranzniederlegung wurde aber dennoch in einer kleinen Runde abgehalten. Dafür trafen sich am 23. Oktober Vertreter der UOKG, darunter der Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski und der Regionalbeauftragte für Sachsen Chris Bürger, des Forums für politisch inhaftierte und verfolgte Frauen, der Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck und der Stadt Stollberg, vertreten durch den Oberbürgermeister Marcel Schmidt.

Die kleine Gruppe der Teilnehmenden. Foto: UOKG

In seiner Ansprache bedauerte Dombrowski die Absage außerordentlich und kündigte an, den Kongress hoffentlich im nächsten Jahr nachholen zu können. Direkt an die Frauen gerichtet überbrachte Dombrowski den betroffenen Frauen „die Botschaft, dass sie nicht vergessen sind und dass sie wichtig sind mit ihren Erfahrungen!“.

Die UOKG hat diese Gedenkveranstaltung gefilmt und auf ihrer Homepage und ihrem Youtube-Kanal UOKGNews zur Verfügung gestellt. Zudem hat der Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, Michael Kretschmer, eine Videobotschaft übermittelt, welche ebenfalls über UOKGNews oder die Homepage abrufbar ist. (BB)

Von Links nach Rechts: Wolfgang und Conny Kurtz, Carla Ottmann, Petra Dombrowski, Marcel Schmidt, Chris Bürger und Dieter Dombrowski. Foto: UOKG

Aufruf: Wir sichern Erinnerungen!

ROBERT HAVEMANN GESELLSCHAFT e.V.
ARCHIV DER DDR-OPPOSITION

Zentrale Aufgabe des Archivs der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. ist es, Quellen zu Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in der Zeit ab 1945, deren Aufarbeitung und der Transformation zu sichern, zu erschließen und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Für die historische Forschung und Aufarbeitung der SED-Diktatur haben oppositionelle Selbstzeugnisse als einzige aus der SBZ/DDR gesicherte authentische Überlieferungen, die widerständiges Handeln und Denken dokumentieren, eine besondere Bedeutung. Als unentbehrliche historische Quellen stellen sie zudem ein Korrektiv zu den überlieferten Staats- und Parteiakten dar. Das seit 30 Jahren bestehende Archiv der DDR-Opposition, das 2017 in die Liste des national wertvollen Kulturgutes aufgenommen wurde, verfügt über den umfangreichsten geschlossenen Bestand an Selbstzeugnissen und Dokumenten oppositionell handelnder Personen und Gruppierungen. Die UOKG hat bereits 2014 beschlossen, ihre Unterlagen dem Archiv der DDR-Opposition als Endarchiv zu übergeben. Auch konnten wir in den letzten Jahren zahlreiche persönliche Archivbestände und Nachlässe übernehmen, etwa den Bestand des langjährigen UOKG-Vorsitzenden Roland Bude.

Aus dem Archivbestand von Roland Bude. Foto: RHG

Archivmagazin. Foto: RHG

Wir freuen uns, wenn Sie sich entschließen, Ihren Beitrag zur Bewahrung der Geschichte und gegen das Vergessen von Diktaturerfahrung zu leisten. Wir möchten Sie deshalb ermuntern, Ihr persönliches Schriftgut (Briefe, Tagebücher, Flugblätter u. v. m.), Ihr Foto-, Audio- oder Videomaterial sowie Objekte dem Archiv der DDR-Opposition zu übergeben. (Christof Stamm)

Aus den Verbänden

Gedenken an den 17. Juni 1953

67 Jahre nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 durch sowjetische Panzer ist dieser Tag immer noch ein Schlüsselereignis der gesamtdeutschen Geschichte. Es gibt immer noch Menschen in diesem Land, die versuchen die Geschichte zu verharmlosen oder gar zu vergessen. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 forderte mehrere dutzend Leben und zog 1500 Verhaftungen nach sich. In ca. 700 Orten der DDR kämpfte vor 67 Jahren das Arbeitervolk für politische und wirtschaftliche Veränderungen. Es kam zu einer Welle von Streiks, Demonstrationen und Protesten, die von sowjetischen Panzern gewaltsam niedergeschlagen wurden.

Elke Schlegel mit Mitgliedern der VOS am Denkmal „Unteilbares Deutschland“ in Mainz. Foto: Elke Schlegel

Am Denkmal „Unteilbares Deutschland“ in Mainz haben am 20. Juni 2020 Vertreter der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) und die Regionalbeauftragte für Rheinland-Pfalz der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V., Elke Schlegel, mit einer Gedenkfeier an die Todesopfer und die Demonstranten, die ihre Teilnahme mit zum Teil langjährigen Haftstrafen in Gefängnissen und Arbeitslagern verbüßen mussten, erinnert. Der Landesvorsitzende der VOS Bezirksgruppe Hessen/ Rheinland-Pfalz, Gerd Franke, betonte in seiner Rede die Würdigung der Opfer des 17. Juni. Es wurden Kränze niedergelegt und eine Schweigeminute gehalten. Es gilt Tag für Tag die Demokratie zu verteidigen, die jüngere Generation über eine Diktatur aufzuklären und uns für ein Leben in Frieden und Freiheit einzusetzen.
(Elke Schlegel)

Auch in Berlin am Steinplatz wurde wie jedes Jahr an den 17. Juni 1953 gedacht. Neben den Organisatoren um die VOS und den Bezirk Charlottenburg nahmen auch Roland Jahn und Tom Sello an dem Gedenken teil. Zudem hat die Bundeswehr ein Ehrengeleit abgehalten. (BB)

Gedenken am Steinplatz mit Hugo Diederich, Geschäftsführer der VOS, bei seiner Ansprache. Foto: UOKG

DDR-Museum Pforzheim

Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung wurde Gisela Lotz in Anerkennung für ihr jahrzehntelanges Engagement bei der Aufklärungsarbeit über das Leben in der DDR am 29. Juli 2020 im DDR Museum Pforzheim das Bundesverdienstkreuz am Bande übergeben. Gisela Lotz:
„Diese hohe Auszeichnung wurde mir heute zuteil und ich nehme sie voller Dankbarkeit an, und zwar stellvertretend für alle Mitstreiter und Opfer, die sich für die Aufarbeitung der SED Diktatur und Geschichte der DDR eingesetzt haben und auch noch tun.“ (BB)

Frau Lotz mit Staatsministerin Schütz und dem OB Boch. Foto: G. Lotz

Tag der Deutschen Einheit

Die großen Feierlichkeiten in Potsdam mussten aus den bekannten Gründen abgesagt werden. Dennoch gab es in der ganzen Republik kleinere Bürgerfeste und Gedenkstunden. So präsentierte Michael Schulz von der IG ehemaliger Brandenburger Häftlinge in Lübeck-Schlutup seinen originalen Volvo Bertone, die Limousine der SED-Elite. Die VOS Landesgruppe NRW hielt am Mauersegment vor dem NRW-Landtag eine Gedenkstunde ab. (BB)

Der Volvo Bertone
Foto: Michael Schulz

Felix Holtschke (VOS) mit dem Landesbeauftragten Heiko Hendricks. Foto: Felix Holtschke

Aus den Verbänden

Gedenkfahrt nach Tost

Sybille Krägel hat auf der Suche nach ihrem Vater die Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/Oberschlesien 1945 ins Leben gerufen. Von Mai bis etwa Mitte Dezember 1945 nutzte der NKWD Tost (heute Toszek, Polen) zur Internierung von knapp 4.500 deutschen Zivilisten. Davon kamen neben dem Vater von Sybille Krägel weitere gut 3000 ums Leben.

Kapelle der heutigen Psychiatrie Toszek, wo 1945 das Lager eingerichtet wurde. Foto UOKG

Gedenkstein am Massengrab der Opfer des NKWD-Lagers Tost. Foto: UOKG

Seit nunmehr schon 1993 finden regelmäßig im Mai Busreisen von Sachsen aus für Gedenkfeiern an der im Jahr 1998 errichteten Gedenkstätte in Tost statt. Die Gedenkfeiern werden in Zusammenarbeit mit dem sehr aktiven DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREIS TOST organisiert. Die Stadtverwaltung mit Bürgermeister Grzegorz Kupczyk sowie das deutsche Konsulat Oppeln leisten große Unterstützung.

2015 wurde Sybille Krägel aufgrund ihres besonderen Engagements zur Ehrenbürgerin der Stadt Tost/Toszek ernannt.
In diesem Jahr musste die Reise, die dankeswerterweise vom sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wird, aufgrund von Corona verschoben werden, konnte aber vom 25. - 27. September 2020 nachgeholt werden. Neben der obligatorischen Gedenkstunde in der Gedenkstätte wurde des 75-jährigen Kriegsendes gedacht. Dafür wurden verschiedene Gedenkorte besucht. Darunter auch das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. (BB)

Teil der Reisegruppe vor dem Eingang zum Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Foto: UOKG

Wo Worte versagen

Die Cottbusser Choreografin Golde Grunske ist mit ihrer „tanzkompanie golde g.“ schon seit vielen Jahren dabei. Sie hat die seltene Gabe, emotionale Erlebnisse in einer Weise in Szene zu setzen, die keiner erläuternden Worte mehr bedarf. Mit dem Programm „Schocktherapie“ beschäftigte sie sich bereits 2008 mit dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Boris Michael Gruhl (tanznetz.de) bezeichnete ihre Aufführungen als „Tanz für die verletzten Seelen“ und sagte weiter: „Die stumm gewordenen Körper aber sprechen ihre eigene Sprache, und das macht diesen Tanz so bewegend und beunruhigend.“

Denise Noack.
Foto: UOKG

Christoph Viol, Juliane Bauer und Konstantinos Spyrou.

Genauso war es auch am 8. Oktober mit dem Programm „Zur Eingewöhnung: Einzelhaft!“ auf dem Marktplatz in Bad Freienwalde unter Mitwirkung von Juliane Bauer, Denise Noack, Konstantinos Spyrou und Christoph Viol (Musik: Konrad Jende). Anlass war die Eröffnung der Ausstellung "Lebenslänglich Heimkind - Umerziehung im Durchgangsheim Bad Freienwalde", welche bis zum 16. Dezember 2021 im Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum "OFFi" in Bad Freienwalde zu sehen ist. Mitten auf dem Markplatz wurde wenigstens ein Teil des heute noch andauernden Leidens der Heimkinder der DDR plötzlich nachvollziehbar. Eine öffentliche Fragerunde danach zeigt, dass die Freienwalder beginnen zu verstehen, dass diese Schicksale zu ihrer Stadt gehören. (CS)

Kurz erzählt

Die „Letzte Adresse“

Die „Letzte Adresse“ von Dr. Helmut Sonnenschein. Foto: Margreet Krikowski

2014 hat die russische Memorial-Stiftung das Projekt "Letzte Adresse" ins Leben gerufen. Durch das Anbringen von postkartengroßen Gedenktafeln, ähnlich wie bei den Stolpersteinen, wird an die Opfer der Stalinschen Säuberungen erinnert. Gewürdigt werden aber ausschließlich Menschen, die sich selbst keiner Straftat schuldig gemacht hatten - weder in der kommunistischen Diktatur der Sowjetunion, noch im Nationalsozialismus.

Dieter Dombrowski bei der Einweihung der Tafeln von Dr. Sonnenschein. Foto: Margreet Krikowski

In Deutschland wurde die erste Tafel im August 2019 angebracht. Am 17. Juli und am 18. September 2020 folgten nun zwei weitere, eine für Dr. Helmut Sonnenschein, der am 4. Juli 1951 in Moskau hingerichtet wurde, und eine für Ludwig Kracke, der nach der Deportation nach Tajschet/ Sibirien 1952 verstarb. (BB)

Foto: Margreet Krikowski

Stiftung Anerkennung und Hilfe

Anmeldungen zum Erhalt von Stiftungsleistungen für Betroffene, die in ihrer Kindheit und Jugend in der DDR mit Unrecht in Psychiatrien und Behinderteneinrichtungen konfrontiert waren, sollen bis zum 30. Juni 2021 ermöglicht werden. Zudem soll die Bearbeitungsfrist Anlauf- und Beratungsstellen bis zum 31. Dezember 2022 verlängert und das Stiftungsvermögen um rund 17,5 Mio. Euro aufgestockt werden. Auf diesen Vorschlag verständigten sich im Oktober Bund, Länder und Kirchen als Errichter der Stiftung Anerkennung und Hilfe. Die UOKG hatte sich gegenüber den Errichtern der Stiftung für eine Verlängerung der Antragsfrist eingesetzt. (C. Schulze)

Fachgespräch Abgeordnetenhaus

Statt direkt im Abgeordnetenhaus fand das Gespräch im Haus 22 auf dem Campus für Demokratie statt. Foto: UOKG

Seit nunmehr gut 2 Jahren laden alle Parteien (außer AfD) des Berliner Abgeordnetenhauses zum Fachgespräch Aufarbeitung SED-Diktatur ein. Adressaten dieses Fachgesprächs sind Behörden, Institutionen, Vereine und Initiativen, die sich mit diesem Thema befassen. Auf der Tagesordnung stehen aktuelle Fragestellungen rund um das Land Berlin. In der Sitzung am 2. September stand die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie im Mittelpunkt. (BB)

Bundesverdienstkreuz

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Elke Schlegel. Foto: Thomas Schlegel

Auch Elke Schlegel, die Regionalbeauftragte der UOKG in Rheinland-Pfalz, hat für ihr Engagement bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Tag der Deutschen Einheit persönlich vom Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier im Schloss Bellevue den Verdienstorden der Bundesrepublik verliehen bekommen. (BB)

Vorstandssitzung

Vorstandssitzung im Haus 1. Foto: UOKG

Am 25. Juni 2020 traf sich der UOKG-Vorstand zum ersten Mal seit dem Corona-Lockdown wieder in der Geschäftsstelle. Dabei standen unter Beachtung aller Hygieneregeln tagesaktuelle Themen, wie das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur, die Umwandlung der BStU oder der im nächsten Jahr kommende Opferbeauftragte im Fokus. (BB)

Mitgliedsverbände der UOKG

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.
- Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
- Bund der Stalinistisch Verfolgten – Landesverband Berlin
- Bund der Vertriebenen e.V.
- Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
- DDR-Museum in Pforzheim
- Doping-Opfer-Hilfe e.V.
- Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
- Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.
- Förderverein Gedenkstätte Bautzen e.V.
- Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e.V.
- Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
- Freiheit e.V. Erfurt
- Gedenk– und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e.V.
- Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus Berlin
- Initiative verfolgter Schüler und Studenten (Berlin)
- Initiativgruppe „Lager X Berlin-Hohenschönhausen“
- Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.
- Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.
- Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/ Oberschlesien 1945
- Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)
- Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945–1989
- Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
- Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e.V.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)
- Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
- Menschenrechtszentrum Cottbus
- OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
- Pro Universitätskirche e.V., Leipzig
- Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) Salzgitter
- Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstrasse 54“ e.V. Potsdam
- VOK Deutschland e.V. – Vereinigung der Opfer des Kommunismus
- VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Assoziierte:

- Ehemalige politische Häftlinge in der CDU
- Ehemalige politische Häftlinge in der SPD

Informationen

Kontaktdaten

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ruschestr. 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg

Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de

Spendenkonto
Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1007 0024 0734 27 28 00
BIC: DEUTDEDBBER
für: UOKG e.V.

Facebook

Sie uns auch über Facebook unter:
https://facebook.com/UOKGeV/

Mitglied werden...

Mitglied kann jede Körperschaft oder Vereinigung werden, die sich den satzungsgemäßen Intentionen der UOKG verpflichtet und deren Zweck auf die in der Satzung genannten Aufgaben gerichtet ist.

Die UOKG in Ihrer Nähe

Unsere Regionalbeauftragten

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Berlin: Anita Goßler
über info@uokg.de

Brandenburg: Dr. Richard Buchner
buchner@uokg.de

Niedersachsen: info@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Sachsen: Peter-Christian Bürger
buerger@uokg.de

Südwestdeutschland: info@uokg.de

Thüringen und Sachsen-Anhalt:

Klaus Wolf: wolf@uokg.de

Kompetente Leitung

Im Vorstand haben SED-Opfer stets eine Mehrheit

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
dombrowski@uokg.de

Stellvertreter: Roland J. Lange
andreas37@uokg.de

Stellvertreterin: Carla Ottmann
ottmann@uokg.de

Ehrenvorsitzende:

Horst Schüler (†), Gerhard Finn (†)

Weitere Mitglieder:

Inge Bennewitz
bennewitz@uokg.de

Konstanze Helber
helber@uokg.de

Sybille Krägel
kraegel@uokg.de

Ernst-Otto Schönemann
schoenemann@uokg.de